

Haushaltsrede der CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Killinger,
verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Vertreterin von den BNN

Die Kennzahlen des Haushalts (HH) 2025 sind sowohl im Mitteilungsblatt auf Papier als auch elektronisch auf der Homepage für jeden sichtbar und nachzulesen. Hier nun ein kurzer Blick auf einige aus unserer Sicht wichtigen Haushaltsaspekte:

1. Haushaltsrückblick 2020 bis 2024

In den Jahren 2020 bis 2023 waren die Ergebnisse besser als in den Planansätzen vorgesehen. Dabei kamen wir jeweils auf einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt, einschließlich zu erbringender Abschreibungen.

Dieser Trend setzte sich in 2024 fort. Im Vergleich zum Plansatz gibt es deutliche Verbesserungen im Ergebnishaushalt, der bei einem geplanten Defizit von ca. – 2,9 Mio. € „lediglich“ mit ca. – 69.500 € abschließt. Zurückliegende, schon länger geplante Vorhaben wurden nicht umgesetzt oder haben zeitliche Verzögerungen. Das betrifft überwiegend Vorhaben aus dem Bauamt wie z.B. den barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen (Antrag der CDU-Fraktion aus 2020), die Dachsanierung des Bauhofs und am Rathaus, die Umsetzung der Empfehlungen der Haushaltstrukturkommission zur Wannenstraße, weitere Planungen zur Nagoldstraße oder Sanierungsmaßnahmen auf Gehwegen. Aber auch in anderen Ämtern kam es bei der Aufgabenbewältigung zu Verzögerungen.

2. Haushalt 2025

a. Ein Blick auf die ordentlichen Aufwendungen im Ergebnishaushalt

Die **Aufwendungen** belaufen im HH Jahr 2025 sich auf ca. **27 Mio. €**. Sie sind im Vergleich zu 2024 insgesamt um **814.000 €** gestiegen und setzen sich wie folgt zusammen:

Transferleistungen	10,9 Mio. €
Personalkosten	7,4 Mio. €
Sach- und Dienstleistungen	5,0 Mio. €
Weitere Aufwendungen	3,6 Mio. €

- Die Transferleistungen umfassen Umlagen und Zuweisungen an das Land, die Gemeinden, Zweckverbände und Vereine. Hier sind die Kreisumlage mit 4,35 Mio. € (32%) und die FAG-Umlage (Land) mit ca. 3 Mio. € enthalten.
- Bei den Personalkosten entfallen ca. 3 Mio. € auf die Innere Verwaltung und ca. 2,1 Mio. € auf die Tageseinrichtungen für Kinder.
- Die Sach- und Dienstleistungen beinhalten u.a. den Unterhalt von Grundstücken, baulichen Anlagen und unbeweglichem Vermögen (ca. 1,6 Mio. €), Mieten, Pachten sowie Energie- und andere Versorgungskosten (ca. 1,8 Mio. €).
- Die weiteren Aufwendungen betreffen u.a. Abschreibungen (ca. 1,6 Mio. €) sowie sonstige ordentliche Aufwendungen wie u.a. für Abwasser (580.000 €) oder ÖPNV (370.000 €), EDV, Bürobedarf und Sachverständigenkosten.

b. Ergebnishaushalt Überblick

Den Aufwendungen von rund 27 Mio. € stehen Erträge von rund 23,5 Mio. € gegenüber. Der aktuelle HH-Entwurf kommt daher im Ergebnis-HH auf ein **Defizit von ca. 3,5 Mio. €**.

Dieses Defizit wird - wie in den HH Jahren 2020 bis 2024 auch – in dieser Größenordnung vermutlich nicht eintreten. Allerdings ist festzustellen, dass sich die Verwaltung in ihren Planansätzen deutlich stärker an dem orientiert, was tatsächlich auch an Maßnahmen vollzogen werden kann. Demnach könnte die Differenz zwischen geplantem und dem tatsächlichen Defizit für 2025 geringer ausfallen als in den Vorjahren. Der Planansatz in der Gewerbesteuer ist nicht mehr so zurückhaltend taxiert, aber grundsätzlich eine nicht zu beherrschende Variable. Ferner kann man erwarten, dass die Personalkosten deutlich unter dem Planansatz bleiben, weil nicht alle Stellen besetzt werden.

c. Zahlen, Zahlen, Zahlen – was steckt dahinter?

Die HH-Ansätze sind Planzahlen, die eine natürliche Distanz zum tatsächlichen HH-Ergebnis haben. Dennoch muss es das Ziel sein, Planung und Realität so nahe als möglich zueinander zu bringen. Dass kann nur bedingt gelingen, weil es doch gewisse, nicht unerhebliche Unwägbarkeiten gibt.

Erstes Beispiel: Gewerbesteuer. Erhöht sich diese - wie in 2024 geschehen – von (richtigerweise vorsichtig) geplanten von 3,8 Mio. € tatsächlich auf 4,8 Mio. €, ergibt sich hier schon – erfreulicherweise – ein Delta von 1 Million €, die das Defizit genau um diesen Betrag verringert. Der umgekehrte Fall kann aber auch eintreten, wenn z.B. ein Unternehmen ausfällt oder die Unternehmenserträge schrumpfen.

Zweites Beispiel: Maßnahmenvollzug. In den letzten Jahren zeigt sich wiederkehrend der Effekt von „Haushaltsentlastung“ durch im Vorjahr geplanten aber nicht vollzogenen Maßnahmen. Fallen darunter Verrichtungen wie z.B. die Dachsanierung auf kommunalen Gebäuden oder die Ausstattung mit LED in Sportstätten, kommen schnell Beträge von 500.000 € bis 1 Mio. € zustande, die nicht verausgabt wurden. In der Summe ergibt sich nun schon ein Delta von 2 Mio. € zwischen Planansatz und Ergebnis. Ziel soll und muss es sein, im Bereich der Haushaltvollzugs besser zu werden, in dem realistischer Weise nur die Maßnahmen in der Haushalt eingestellt werden, die auch vollzogen werden können.

Beim mittelfristigen Finanzplan sind die Maßnahmen veranschlagt, die in den kommenden Jahren anstehen und realisiert werden sollten. Hier liegen noch mehr Unwägbarkeiten auf der Hand. **Beispiel:** die bauliche Erweiterung in der Schule zur Einrichtung der Ganztags-Grundschule (GT GS). Hier stehen Investitionskosten von 4,6 Mio. € im Raum, die natürlich mittelfristig auf die HH-Lage großen Einfluss haben und die Größenordnung einer Kreditaufnahme bestimmen. In welcher Dimension jedoch der Ausbau der GT GS dann tatsächlich erfolgt ist noch offen. Es gibt im Moment kein vom Gemeinderat beschlossenes Konzept, das festlegt in welchen Umfang und basierend auf welchem Bedarf die GT GS eingerichtet wird. Würde man etwa nur die Hälfte der für die Planung festgesetzten Raumbedarfs brauchen, würden sich die Kosten dementsprechend merklich verringern.

3. Mittelfristige Finanzplanung, Liquidität, Investitionen, Kredite

Die liquiden Mittel stehen bei ca. 12 Mio. € und werden sich auf ca. 7,5 Mio. im HH-Jahr 2025 verringern, da wir den eingeplanten Kredit von 2,5 Mio. € aller Voraussicht nach nicht vornehmen werden. Somit bleibt die Pro-Kopf-Verschuldung bei ca. 219 € stehen.

In der mittelfristigen Finanzplanung sind im allgemeinen Kostensteigerungen von 3% - 5% vorgesehen. Die **Kreisumlage** wird mit 32% in den Jahren 2025/26 (4,35 Mio. €) und mit 33% in den Jahren 2027/28 (4,75 Mio. €) angesetzt. Sie belastet die kommenden Haushalte erheblich.

Umfangreiche Investitionskosten kommen auf uns zu für

- die Klärwerkserweiterung in Bruchsal – über rund 4 Mio. € von 2025 bis 2028
- den Ausbau für die Ganztagsgrundschule – 4,6 Mio. € von 2025 bis 2027
- das Sanierungsgebiet Schwanenstraße – ca. 5 Mio. € von 2025 bis 2028

Demzufolge sind **Kredite** in Höhe von

- 2,5 Mio. € für 2025,
- 5,7 Mio. € für 2026
- 4,8 Mio. € für 2027
- 2,5 Mio. € für 2028

in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen. Bei Nichtinanspruchnahme der Kredite sind unsere liquiden Mittel von rund 12 Mio. € spätestens ab 2027 verbraucht.

Unsere Schwerpunktthemen:

(1) Ausbau Photovoltaik (PV)

Die Beauftragung der BEG war unter haushaltsbezogenen Aspekten falsch

PV-Anlagen sind nicht nur emissionsfrei, sondern auch besonders rentabel, wenn der produzierte Strom direkt vor Ort verbraucht wird. Der PV-Ausbau wurde im Mai 2023 der „BürgerEnergieGenossenschaft Kraichgau“ (BEG) übertragen, obwohl wir es für besser gefunden hätten uns selbst als Betreiber zu organisieren. Angesichts der eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten der Verwaltung, im Wesentlichen bedingt dadurch, dass es bisher nicht gelungen ist, einen Energieberater einzustellen, hat die CDU-Fraktion der Vergabe als zweitbeste Lösung zugestimmt. Hier stand eine schnellere Umsetzung im Vordergrund mit dem Nachteil, mittel- und langfristig erheblich weniger Einnahmen zu haben.

Nun ist dieser erwünschte Effekt nicht eingetreten. Die Installation hat sich verzögert, so dass mit heutigem Stand PV-Anlagen auf der Bücherei und am Hebewerk Ost verankert und in Betrieb sind. Bevor es weitergehen kann, müssen die Dächer des Rathauses sowie der Bauhofhalle saniert werden. Das Argument für die Zustimmung an die BEG hat sich in Luft aufgelöst – mit der Folge, mittel- und langfristig erheblich weniger Einnahmen zu haben. Darauf hatten wir im Vorfeld der Entscheidung nachdrücklich hingewiesen – diese erweist sich auch insbesondere im Hinblick auf die HH-Situation als falsch. Und: wir fragen uns immer noch, warum es für eine Verwaltung nicht möglich sein soll, das zu tun, was viele Eigenheimbesitzer auch selber tun – nämlich sich eine PV Anlage in Eigenregie aufs Dach installieren zu lassen.

Wir thematisieren den PV- Ausbau nun schon zum dritten Mal im Haushaltsbericht und hoffen, dass es in 2025 hier vorangeht und weitere Installationen realisiert werden können. Neben den kommunalen Gebäuden sollen auch Hausbesitzer mitgenommen und angeregt werden, ihr eigenes Solarpotenzial für ihre Eigenstromnutzung auf privatem Weg auszuschöpfen.

In der **aktuellen Energieausbaustrategie** gibt es einen Schwerpunkt auf Freiflächen-PV, der landesweit noch ausbaufähig ist. Wir regen deshalb erneut an, zu prüfen, ob eine solche Anlage am Heidesee auf dem ehemaligen Bolzplatz sinnvoll und rentabel wäre.

(2) Geothermie und Nahwärmeversorgung

Die Umwelt- und Energieagentur präferiert für die Wärme- und Stromversorgung im Landkreis vorrangig die **Geothermie**. Es ist die Rede von einen „schlafenden Riesen“, was heißen soll, es gibt noch keine konkreten Ergebnisse, wie das gigantische Energiepotenzial der Geothermie ausgeschöpft werden kann. Generell stehen Fragen zur Sicherheit sowie zur finanziellen Machbarkeit im Raum, die noch nicht geklärt sind.

Der Gemeinderat beschäftigt sich schon seit März 2022 mit dem Aufbau einer **Nahwärmeversorgung** für Forst. Durch die Nahwärme können Gebäude mit einem hohen Wärmebedarf wie z.B. die Lußhardtschule, das Rathaus, das Seniorenheim, die Astrid-Lindgren-Schule, der Kindergarten Ulrika oder auch die Jahnhalle versorgt werden. Auch private Bestandsgebäude entlang der geplanten ca. 850 m langen Wärmetrasse sollen angeschlossen und deren Eigentümer als potenzielle Abnehmer gewonnen werden. Der Gemeinderat hat im November 2024 die Umwelt- und Energieagentur Kreis Karlsruhe mit der Erstellung einer „Energieplanung“ beauftragt. Damit sollen Entscheidungsgrundlagen geschaffen werden, um u.a. den Stromsektor umzubauen und eine Wärmewende herbeizuführen. Darüber steht das Klimaschutzkonzept des Landkreises „zeozweifrei 2035“. Die Planungsmaßnahmen werden mit 30.000 € gefördert und müssen bis zum 31.10.2025 abgeschlossen sein. Im Haushalt sind Investitionskosten von 100.000 € eingestellt. Bis 2030 ist bei optimistischer Betrachtung kein Anschluss an ein Wärmenetz zu erwarten. Darüber hinaus betrachten wir es als durchaus sinnvoll über weitere Nahwärmnetze – etwa im Bereich der Waldseehalle oder beim Jägerhaus - nachzudenken und auf den Weg zu bringen. Hier sind wir auf die Ergebnisse beauftragten Energieplanung gespannt.

Tiefengeothermie und Nahwärmekonzept sind zwei getrennte Projekte zur Wärme- und Energieversorgung. Wie und wann eine eventuelle Zusammenführung möglich sein könnte, ist noch völlig offen. Die Hauseigentümer sind bis auf weiteres auf sich selbst gestellt.

(3) Der Heidesee - ein haushaltspolitischer Dauerbrenner!

Durch die **Kombination** aus Badestelle und integriertem, aber abgegrenzten Freibad können das Kinderplanschbecken und die Wasserrutsche weiter genutzt werden. Eine von der CDU durchgeführte Befragung von ca. hundert Badegästen im Sommer 2024 hatte ergeben, dass sich diese beiden Attraktionen sehr großer Beliebtheit erfreuen. Somit bleibt der Heidesee weiterhin als **Familienbad** erhalten, worauf unsere Fraktion seit Jahren ja immer wieder abhebt. Es dürfen keine Eintrittsentgelte mehr verlangt. Stattdessen werden Parkgebühren erhoben. Die Entscheidung zur Badestelle war unausweichlich, weil die nach einem Gutachten der Deutschen Gesellschaft für das Badewesen geforderten permanent vorzuhaltenden sechs Aufsichtspersonen nicht finanzierbar sind. Durch die Erhebung von Parkgebühren erwarten wir mit Sorge Ausweichbewegungen und Parkverlagerungen in den Bereich der Kronauer Allee, zum Holzlagerplatz und entlang der Straße nach Weiher. Hier soll ein Parkverbotskonzept greifen, das aber nur funktionieren kann, wenn es stringent und konsequent überwacht wird. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, die Besucher mit einer **Gastronomie** vor Ort zu versorgen. Das abgebrannte Kiosk wird durch einen Verkaufswagen des Caterers ersetzt. Hierzu muss die alte kontaminierte Fläche für ca. 30.000 € entsorgt und dann ertüchtigt werden.

Ein Blick auf die Betriebskosten zeigt, dass sich im Vergleich zu den Vorjahren trotz Umstellung auf die Badestelle nicht viel verändert hat (Planansatz – 498.800 € !). Es bewahrheitet sich das wiederholt vorgebrachte Argument der CDU Fraktion, dass auch bei einer Badestelle Kosten für Pflege- und Instandhaltungsmaßnahmen zu Buche schlagen. Und schließlich gilt es bei aller vorgebrachter Kostenkritik zu bedenken, dass der Heidesee nur für fünf Monate im Jahr als Bad betrieben wird. Die restlichen sieben Monate im Jahr handelt es sich um eine Grünanlage zur Naherholung. Insofern müssten die anteiligen Kosten der sieben Monate (ca. 60%) nicht beim Heidesee als Badebetrieb, sondern bei den Park- und Grünanlagen wie beispielsweise der Waldsee verbucht werden. Dadurch verringert sich das Defizit beim Heidesee als Badebetrieb um über die Hälfte auf ca. 200.000 €. Das Lehrschwimmbecken mit Turnhalle in der Lußhardtschule ist im HH 2025 mit einem Planansatz von - 278.400 € (ganzjährig) vermerkt. Ansonsten waren die Ausgaben für den Heidesee in den letzten fünf Jahren im Durchschnitt deutlich besser als im Plansatz vorgesehen.

(4) Personalkosten

Die Personalkosten liegen im HH Jahr 2025 mit 7.434.900 € mit gut 410.000 € höher als in 2024 - und das liegt nicht allein an den Tarifierhöhungen. Es ist nicht gelungen den permanenten Anstieg der Personalkosten, verursacht durch Stellenmehrungen zu unterbinden. Der Stellenplan 2024 weist im Vergleich zum Stellenplan 2023 10 Vollzeitstellen mehr auf. Im Stellenplan 2025 sind weitere vier zusätzliche Vollzeitstellen ausgewiesen. Allerdings werden nicht alle Stellen im Haushalt wirksam, weil nicht alle besetzt sind. Im HH-Jahr 2024 z.B. betrugen die Personalkosten 850.000 € weniger als geplant.

Fazit:

Seit Jahren arbeiten wir daran, unser Ausgaben disziplinier zu steuern. Das gelingt nicht immer zufriedenstellend. Das hierfür wichtige Instrument der Haushaltsstrukturkommission hat der Bürgermeister nach eigenem Ermessen eingestellt. Dennoch müssen wir gemeinsam wieder bestimmte Themenbereiche genauer unter die Lupe zu nehmen.

Ein beliebtes und anerkanntes „Rezept“ ist, die **Pflichtaufgaben** zu erfüllen und die Kosten der freiwilligen Aufgaben zu reduzieren. Klingt relativ einfach und plausibel – ist es aber nicht. Das heißt nämlich nichts anderes als die „Axt“ anzulegen an kulturelle Angebote wie z.B. die Musik- und Kunstschule, die Gemeindebücherei, das Jägerhaus sowie an sportliche Angebote und Leistungen, wie z.B. die allgemeine Sportförderung, die Waldseehalle, das Lehrschwimmbecken oder den Heidesee. Alle diese **„freiwilligen Leistungen“ und Angebote** machen jedoch die Lebens- und Wohnqualität einer Gemeinde aus. Deshalb wären wir schlecht beraten und würden auch nicht im Sinne unsere Bevölkerung handeln, hier rigoros einzuschränken. Dennoch werden wir um anteilige Kürzungen in allen Bereichen nicht umhin kommen und konsequent sparen müssen.

Das bedeutet nicht, dass **die Pflichtaufgaben** hiervon ausgenommen wären. Denn auch bei den Pflichtaufgaben gibt es Potenzial. Wir haben zum Beispiel bei unseren **kommunalen Kindergärten** 3,1 Stellen mehr als der Mindestpersonalstellenschlüssel vorgibt. Das steigert die Betriebskosten und somit anteilig auch die Kita-Gebühren. Deshalb hinkt jeder Vergleich mit anderen Einrichtungen, die nicht über dem personellen Mindestschlüssel liegen. In 2024 gab es für Erzieherinnen und Erzieher deutliche Tarifierhöhungen. Der Gemeinderat hat dennoch anstatt der vorgeschlagenen Erhöhung der Kita-Gebühren von 7,5 % für das Kindergartenjahr 2024/2025 keine Gebührenanpassung beschlossen. Landesweit gibt es

bereits die Möglichkeit nach § 11 KiTa G z.B. den personellen Mindestschlüssel zu unterlaufen. Dem sollten wir nicht folgen, aber wir sollten zumindest unser Personalübersoll wieder zurückführen.

Die verpasste Chance, **Stromkosten** langfristig durch den Eigenbetrieb von PV-Anlagen zu senken, ist ein weiteres Beispiel dafür, auch bei den Pflichtaufgaben bessere Ergebnisse zu erzielen. Auch warten wir schon länger auf die Einführung einer **Vergnügungssteuer**.

Es gibt also sowohl bei den freiwilligen Leistungen als auch bei den Pflichtaufgaben Luft nach oben. Und das ist auch weiterhin unsere Aufgabenstellung. Wir haben nicht alles ausgeschöpft was möglich gewesen wäre. Waren die Haushalte von 2020 bis 2024 nach derzeitigem Stand ausgeglichen, wird das im HH-Jahr 2025 und auch in den Folgejahren voraussichtlich nicht mehr der Fall sein. Generell ist erkennbar, dass wir an unsere finanziellen Grenzen kommen. Die Kreismulage mit einer Steigerung um 630.700 € (32%, künftig evtl. noch mehr) ist eine Hypothek, die uns absehbar zusammen mit anderen Kostensteigerungen, z.B. im Bereich der Kindergärten und auch der Schule in die Nähe der Nichtfinanzierbarkeit führen. D.h. wir können unsere Ausgaben nicht vollständig decken und werden mittelfristig Kredite beanspruchen müssen, die die pro-Kopf-Verschuldung steigern. Das geht aber auch nicht dauerhaft und unbegrenzt.

Wir müssen wie bisher auch, unsere Einnahmen und Ausgaben konsequent steuern und dürfen die Investitionen nicht vernachlässigen und müssen Fördergelder besser nutzen, in dem man sich rechtzeitig damit befasst.

Nach wie vor steht über allem das Ziel einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, d.h. die Erträge sollen ausreichen, um die Aufwendungen zu decken. Hierzu müssen wir wieder ein Instrument wie die Haushaltsstrukturkommission einsetzen, die Prioritäten formuliert.

Wir stimmen der Haushaltssatzung 2025 zu. Unsere Zustimmung betrifft auch die Mittelfristige Finanzplanung, sowie die Wirtschaftspläne des Eigenbetriebs Wasserversorgung Forst sowie der Sozialstiftung Forst.

Die CDU-Fraktion bedankt sich bei Bürgermeister Bernd Killinger, bei Hauptamtsleiter Heimo Czink, beim Leiter des Rechnungsamts Michael Veith, bei Bauamtsleiter Frank Dochat sowie bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung für ihre geleistete Arbeit. Vielen Dank für Ihre Geduld und Ihr Verständnis für unsere kritischen Nachfragen aus dem Gemeinderat!

Ebenso bedanke ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen hier aus dem Gremium - trotz punktueller Differenzen - für den überaus konstruktiven und vertrauensvollen Meinungsaustausch zum Wohl unserer Gemeinde.

Manfred Häffner, Fraktionsvorsitzender

CDU Fraktion: Monika Mohr, Matthias Sparr, Martin Böser, Stefan Ay, Dr. Eberhard Prinz, Dr. Karl-Heinrich Schumacher